

**AUSZUG AUS DEM  
WORTPROTOKOLL**

**der 39. Sitzung der  
XIX. Gesetzgebungsperiode  
des  
Burgenländischen Landtages**

---

***Donnerstag, 30. Oktober 2008  
10.11 Uhr - 19.54 Uhr***

**5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 931), mit dem das Gesetz über die Burgenländische Gesundheits- und Patienten-anwaltschaft geändert wird (Zahl 19 - 569) (Beilage 958)**

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Berichterstatterin zum 5. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 931, mit dem das Gesetz über die Burgenländische Gesundheits- und Patienten-anwaltschaft geändert wird, Zahl 19 – 569, Beilage 958, ist Frau Landtagsabgeordnete Anna Schläffer.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

**Berichterstatterin Anna Schläffer:** Sehr geehrter Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über die Burgenländische Gesundheits- und Patienten-anwaltschaft geändert wird, in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 15. Oktober 2008, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende seiner Wortmeldung stellte Landtagsabgeordneter Ing. Stommer einen Vertagungsantrag.

Die Debatte wurde mit einer Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Illedits abgeschlossen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Ing. Stommer gestellte Vertagungsantrag mit den Stimmen der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich abgelehnt.

Mein Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über die Burgenländische Gesundheits- und Patienten-anwaltschaft geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Danke Frau Berichterstatterin.

Als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich der Frau Abgeordneten Maga. Margarete Krojer das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Im Burgenland gibt es eine Reihe von Ombudsmännern und Ombudsfrauen - Frauen weniger, aber doch - und Anwaltschaften etwa in den Bereichen Umwelt, Tierschutz, PatientInnenrechte, SchuldnerInnenberatung. Diese setzen sich ein für die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und für die Erhaltung - je nach ihrem Spezialgebiet - einer lebenswerten Natur- und Umwelt oder wie auch immer sie eingesetzt sind.

Für die Rechte von Menschen mit besonderen Bedürfnissen und mit Behinderung gibt es diverse Vereine und Interessensvertretungen, aber bisher gibt es keine offizielle Anwaltschaft für Behinderte, die für diese Menschen Anlaufstelle für Beschwerden und Anregungen wäre.

Auf Initiative von uns Grünen wurde im heurigen Jahr ein gemeinsamer Antrag eingebracht, den auch ÖVP und FPÖ unterstützt haben, und hier haben wir gemeinsam die Einrichtung eines Behindertenombudsmannes oder -ombudsfrau eingefordert. Die SPÖ hat das damals abgelehnt und hat jetzt im Alleingang, zwar nach kurzen Verhandlungen, die Agenden eines Behindertenanwaltes dem PatientInnenanwalt Dr. Weiss „umgehängt“.

Für mich hat das den Anschein einer Alibihandlung, denn es gibt für den Behindertenombudsmann oder dem Behindertenanwalt, der jetzt sozusagen vom PatientInnenanwalt übernommen wird, nicht wirklich eine ordentliche finanzielle Ausstattung, zusätzliche finanzielle Ausstattung, noch gibt es derzeit eine personelle Ausstattung dazu.

Das heißt, wenn man das dort angliedert, dann muss es zumindest eine höhere finanzielle und auch eine personelle Ausstattung geben, denn ich kann mir nicht vorstellen, dass unter den jetzigen Umständen, wenn ich mir den Tätigkeitsbericht anschau, dass der Patientenanwalt sehr viel Luft hat. Wenn nicht, war er bis jetzt weit unterbeschäftigt.

Das ist aber eigentlich nicht der Hauptpunkt meiner Kritik, obwohl ich den doch auch noch einmal betonen möchte.

Grundsätzlich stört es uns viel stärker, dass es einfach eine grobe Missachtung der Menschen mit besonderen Bedürfnissen und Behinderungen darstellt, denn Behinderte sind keine Patientinnen und Patienten und daher auch nicht vom Patientenanwalt zu vertreten.

Wie gesagt, die Aufgaben eines Behindertenombudsmannes oder -ombudsfrau gehen auch weit über das, was der Patientenanwalt tut, bei den Patientinnen und Patienten darüber hinaus.

Es geht dabei auch um eine aktive Information darüber, was Menschen mit besonderen Bedürfnissen und Behinderungen gesetzlich zusteht. Es geht um eine aktive Unterstützung bei der Geltendmachung von gesetzlichen Ansprüchen. Es geht auch um die aktive Unterstützung beim Kontakt mit den Behörden und öffentlichen Einrichtungen, und es geht auch um die Beratung bei der Umsetzung der Bauvorschriften, um die gesetzliche Barrierefreiheit sicherzustellen.

Erst am Samstag wurde bei uns ein öffentliches Gebäude eröffnet, und weder der Architekt noch der Bürgermeister als Baubehörde haben irgendwie die Idee gehabt, diesen sanierten öffentlichen Bau barrierefrei zu machen. Hier sieht man, dass das Bewusstsein überhaupt nicht vorhanden ist.

Zur vorliegenden Novelle möchte ich noch etwas sagen. Wenn ich lese, dass die Anzahl der Beschwerden und Auskünfte im Gesundheitsdienst des Landes, der Krankenanstalten, der Altenwohn- und Pflegeheime in letzter Zeit besonders aktuell geworden sind, dann ist das, meiner Meinung nach, eine nette Umschreibung von einer Steigerung der Beschwerden und Auskünfte.

Denn der Tätigkeitsbericht des Patientenanwaltes ist ja erst gestern oder vorgestern uns zugegangen. Ich habe zuvor schon im Tätigkeitsbericht 2005 und 2006 nachgeschaut, und da ist mir aufgefallen, dass es von 2004 auf 2005 eine Steigerung der Beschwerdefälle um 31,2 Prozent gegeben hat und sich Beschwerden über Krankenanstalten um 13 Prozent erhöht haben und freiberufliche Ärzte um zirka 48 Prozent, währenddessen sich die Beschwerden über die Sozialversicherung sogar verdoppelt haben.

In diesem Tätigkeitsbericht steht auch, dass der PatientInnenanwalt bei der Haftpflichtversicherung für das Jahr 2004 111.250 Euro an Entschädigungsleistungen erreicht hat und im Jahr 2005 sogar 212.000 Euro. Also kann es sich dabei nicht nur um das Gefühl handeln, ungerecht behandelt zu werden oder worden zu sein, so wie das in dem Gesetz bitte auch drinnen steht.

Ich meine, da wird unterstellt, dass man das Gefühl hat, ungerecht behandelt worden zu sein. Wozu gibt es dann eine Entschädigungsleistung, die der Patientenanwalt für Patientinnen und Patienten herausholt in der Höhe von im Jahr 2005 von über 200.000 Euro? Also irgendwie haben die sich sicher nicht ungerecht behandelt gefühlt, sondern sind zu Recht ungerecht behandelt worden, sodass diese Entschädigung zu zahlen ist.

Es erweckt für mich den Eindruck, dass es eigentlich keinen Anlass zu Beschwerden gibt, weil ja die Behörden ohnehin alle super und toll arbeiten, was aber der Tätigkeitsbericht ja eindeutig widerlegt.

Mittlerweile, wie gesagt, ist auch der neue Tätigkeitsbericht gekommen, und dort sind die Beschwerdezahlen noch einmal angestiegen, zwar unterschiedlich, aber im Wesentlichen doch angestiegen.

Ich möchte einmal vorausschicken, dass wir diese Novelle ablehnen und möchte auch hinzufügen, dass ich heute in der Früh von mehreren Personen angerufen worden bin, die im Radio gehört haben, dass der Behindertenanwalt heute beschlossen wird, und gesagt haben, sie hören das zum ersten Mal.

Jetzt frage ich Sie, Herr Landesrat, an wen Sie dieses Gesetz zur Begutachtung geschickt haben? Ob alle Behinderteninstitutionen, alle Betroffenen, die ja dann das auch wissen sollen, darin überhaupt involviert waren? Hatten die die Möglichkeit hier Stellung zu nehmen?

Sie haben eine Pressekonferenz gemacht, das haben wir alle vernommen, aber das Involvieren der Behindertenvereine, da weiß ich nicht, wie das vonstatten gegangen ist. Denn, sonst hätten zumindest ein paar Leute davon Bescheid gewusst. Vielleicht haben Sie sie eh eingebunden, aber das hat sich aus den Telefonaten heute in der Früh für mich nicht bestätigt. *(Zwischenruf von Landesrat Dr. Peter Rezar)*

Ich denke mir, wenn ich so eine Einrichtung mache, es ist eine Servicestelle für die Behinderteneinrichtungen, dann hätte ich Sie wahrscheinlich ...*(Landesrat Dr. Peter Rezar: Natürlich!)*

Ich meine, mir ist gar nicht in den Sinn gekommen, vorher die Behinderteneinrichtungen zu verständigen, was mir jetzt eigentlich leid tut, weil ich

natürlich der Annahme war, dass die in diesem Begutachtungsverfahren angeschrieben werden und ihnen das vorgelegt wird, aber ich bin etwas Besseren belehrt worden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang zu Tagesordnungspunkt 16 Stellung nehmen, der ja hier mitbesprochen wird.

Zum Antrag betreffend die barrierefreie Gestaltung, Einrichtung, Ausstattung und Adaptierung von öffentlichen Gebäuden. In diesem Antrag wird gefordert, auf Basis eines Statusberichtes ein Etappenplan für die behindertengerechte und barrierefreie Gestaltung, Einrichtung, Ausstattung oder Adaptierung von Amtsgebäuden und öffentlichen Einrichtungen des Landes Burgenland auszuarbeiten.

Dieses Anliegen möchten wir gerne unterstützen. Aus unserer Sicht ist es absolut notwendig. Wir freuen uns, dass es diese Initiative gibt und damit hoffentlich bald Dinge, wie sie noch vor kurzem noch im Landhaus der Fall waren, der Vergangenheit angehören.

Dazu hätte ich gleich eine Anregung. Wenn man als Behinderter oder zum Beispiel als Rollstuhlfahrer hier ins Landhaus kommt, da gibt es ja jetzt diesen Eingang, da hinten mit dem Zugang zum Lift. Es ist noch immer der Parkplatz so auf der steilen Rampe, dass man sich als Rollstuhlfahrer dort sehr schwer tut, wenn man dort aussteigen möchte.

Er ist auch immer wieder von nicht Rollstuhlfahrern oder nicht behinderten Leuten besetzt, und es wäre vielleicht auch nett, wenn man draußen schon irgendwie eine nette Willkommenstafel für Menschen mit Behinderung, die den barrierefreien Eingang suchen, sie nicht erst suchen lässt, sondern dass man sie schon darauf aufmerksam macht, wo dieser Eingang zu finden ist.

Der gesamte öffentliche Bereich hat Nachholbedarf. Bei den Neubauten wird ja schon, Gott sei Dank, auf die Barrierefreiheit Rücksicht genommen. Aber gerade der bestehende Teil der bestehenden Gebäude liegt im Argen.

So kann der gesamte öffentliche Bereich für Menschen mit Behinderung zum Alptraum werden. Angefangen von Ampelübergängen, Zebrastreifen-Übergänge, die keine Abschrägung oder viel zu steile Abschrägungen haben, bis hin zu geschlossenen öffentlichen WC-Anlagen in den Abendstunden, ganz spärlich vorhandene Lokale, die barrierefrei sind, Gehsteigen und so weiter.

Dabei geht es auch darum, dass auch viele ältere Menschen immer mehr Probleme haben, mit den baulichen Gegebenheiten im Alltag zurechtzukommen. Auch hier kann ich sagen, mein 95-jähriger Vater kann zum Beispiel nie mehr in die Wohnung seiner Tochter gehen, die am zweiten Stock ist, öffentlicher Wohnbau, ohne Lift, ohne allem.

Abgesehen davon, dass sich die jungen Frauen mit den Einkäufen und mit den Kindern am Rücken, am Bauch oder sonst irgendwo abplagen müssen. Es geht auch darum, einfach eine neue Art der Baukultur einzuführen. Es dürften, aus unserer Sicht, überhaupt keine Neubauten im Genossenschaftsbau, zumindest im mehrgeschossigen Wohnbau, realisiert werden, wo noch immer frisch und munter Barrieren gebaut werden.

Hier müsste aus unserer Sicht, wir haben es damals bei den Verhandlungen zum Baugesetz nicht erreicht, auch eine Änderung geben.

Die Grünen würden so einen Statusbericht und auch einen entsprechenden Etappenplan ausdrücklich begrüßen. Ich würde mir wünschen, dass auch die Gemeinden hier eingebunden werden. Vielleicht die Obmänner der Gemeindevertreterverbände, dass man hier auch diesen Vorstoß an die gemeindeeigenen Bauten weiterleiten kann, denn dort herrscht noch große Unwissenheit.

Wie gesagt, manche wissen noch nicht einmal Bescheid, dass die Bauverordnung bereits jetzt schon Vorschriften in Richtung Barrierefreiheit bei Sanierungsarbeiten in sich birgt. Deshalb braucht es dazu noch sehr viel an Informationsarbeit.

Diesem Antrag werden wir zustimmen. *(Beifall bei den Grünen)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächste Rednerin hat sich Landtagsabgeordnete Ilse Benkö zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ):** Danke. Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Kollegin Krojer hat zur geplanten Ausweitung der Agenden des Gesundheits- und Patienten-anwaltschaft bereits das Wesentliche gesagt. Liebe Freunde! Im Großen und Ganzen setzen wir heute dort fort, wo wir in der Landtagssitzung vom 28. Februar dieses Jahres aufgehört haben.

Auf Initiative der Grünen haben ÖVP, FPÖ und eben die Grünen im Jänner einen Antrag eingebracht, der die Installierung eines eigenen Behindertenombudsmannes verlangte. Die Grünen haben damals alle Parteien zu Gesprächen über diese Initiative eingeladen. Bis auf die SPÖ sind dieser Einladung im Landtag auch alle vertretenen Parteien gefolgt.

Meine Damen und Herren! Was sich dann in der Landtagssitzung vom 28. Februar widergespiegelt hat, war ein alt bekannter Reflex, auf den ich heute hier nicht näher eingehen möchte. Fakt ist, dass die SPÖ damals definitiv eingeladen war, allerdings auf Gespräche verzichtet hat.

Vielmehr dürfte es, einmal mehr, so gewesen sein, dass der Reflex der war, dass man beleidigt war, weil man die Initiative nicht selbst erdacht und ergriffen hat.

In weiterer Folge hat die SPÖ im Landtag ihre Aktivitäten im Bereich der Behindertenpolitik über den grünen Klee gelobt, aber letztendlich mit der Einbringung eines Abänderungsantrages den noch vorhandenen Handlungsbedarf bestätigt hat. Der Abänderungsantrag von damals sah eben das vor, was heute in Form eines Gesetzes beschlossen werden soll, nämlich, die Erweiterung der Agenden der Gesundheits- und Patienten-anwaltschaft.

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Die ÖVP, die Grünen und wir von der FPÖ, haben diesen Abänderungsantrag damals abgelehnt. Dementsprechend werden wir auch das Gesetz heute ablehnen, denn schließlich haben wir und die anderen Parteien im Feber sehr stichhaltige Argumente für eine eigene Behinderten-anwaltschaft angeführt. Wir halten die Behinderten-anwaltschaft als Anhängsel der Gesundheits- und Patienten-anwaltschaft für nicht optimal.

Weder optimal für die Interessensvertretung der Behinderten, noch für die Gesundheits- und Patienten-anwaltschaft selbst. Der heutige Antrag auf Gesetzänderung ist, leider Gottes, nur eine halbherzige Aktion. Sie ist in Wirklichkeit ein Affront den behinderten Menschen im Burgenland gegenüber. Diese Gesetzänderung ist letztendlich auch alles andere als logisch, geschätzte Damen und Herren!

Jede Behindertenorganisation wird Ihnen bestätigen, dass Ihr heutiges Vorhaben schlichtweg, ich betone, schlichtweg eine Beleidigung für Behinderte ist. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Bravo!)* Sie machen den Patienten-anwalt zum gleichzeitigen Behinderten-anwalt. Damit signalisieren Sie, dass Sie behinderte Menschen als kranke Menschen ansehen. Das tut mir persönlich sehr weh. Das ist ganz und gar nicht dem Selbstverständnis der Behinderten entsprechend. Das ist eigentlich schlimm. *(Beifall bei der ÖVP und bei den Grünen)*

Ich sage Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Menschen mit einer Behinderung sind nicht krank. Sie sind behindert. Jemand, der mit einer Querschnittlähmung, geschätzte Damen und Herren, im Rollstuhl sitzen muss, ist nicht krank, er ist behindert. Er kann nicht geheilt werden. Es liegt ihm aber etwas daran, dass er sein Leben barrierefrei meistern kann.

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Mit diesem Gesetz signalisieren Sie behinderten Menschen, dass sie von der burgenländischen Politik als kranke Menschen betrachtet werden, die bemitleidenswert sind und mit denen man einen vorsichtigen Umgang pflegen muss. Diese Gesetzänderung ist aus denselben Gründen aber gar nicht logisch, meine Damen und Herren, denn in anderen Bereichen, und das hat meine Kollegin, Vorrednerin Krojer, schon angesprochen, hat man eine andere Systematik gewählt.

Mit der Argumentation, die Sie heute anwenden, hätte man doch auch den Umweltschutz mit dem Tierschutzombudsmann verheiraten können, was man aber aus guten Gründen nicht getan hat.

So, wie es im Bereich der Gesundheit und der Behinderten Überschneidungen gibt, gibt es natürlich auch im Bereich Umweltschutz und Tierschutz Überschneidungen, aber eben, und das ist der springende Punkt, nur Überschneidungen, meine Damen und Herren. Grundsätzlich sind das alles verschiedene Paar Schuhe.

Während also Schweine, Kühe und Hunde weiterhin ihren eigenen Anwalt im Burgenland haben, werden behinderte Menschen im Burgenland auch in Zukunft keine offizielle Vertretung haben, weil Sie, von der SPÖ, liebe Damen und Herren, diese Menschen als krank einstufen, was mich persönlich sehr schmerzt.

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich habe im Jänner schon gesagt, dass die Gesundheits- und Patientenrechtskommission im Falle der Erweiterung ihrer Kompetenzen in finanzieller und personeller Hinsicht mehr Ressourcen benötigen würde. Es war, glaube ich, die Kollegin Schlaffer, die mir bei dieser Gelegenheit nicht nur recht gegeben hat, sondern die sogar gemeint hat, dass notfalls auch eine Personalaufstockung vorgenommen würde. Ob die vorhergesehenen Mehrausgaben von 5.000 Euro den zusätzlichen Bedarf tatsächlich gerecht werden darf bezweifelt werden.

In personeller Hinsicht ist die gewählte Konstruktion mit Sicherheit unglücklich. Meine Damen und Herren! Erstens, soll sich der Patientenanwalt um seine ursprünglichen Hauptaufgaben kümmern, und zweitens, müsste er sich, ab dem Inkrafttreten des Gesetzes, in einem ausreichenden Maß um die Interessen und Anliegen der Behinderten kümmern.

Bekanntlich ist es nicht sehr sinnvoll, auf zwei Kirchtagen gleichzeitig zu tanzen. Entweder werden der Herr Patientenanwalt und seine Mitarbeiter in Zukunft weniger Zeit für Patienten haben, oder sie werden zu wenig Zeit für die Interessen der Behinderten haben. Beides ist allerdings alles andere als in Ordnung.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mir kaum vorstellen, dass eine Analyse in ein oder zwei Jahren ergeben wird, dass sich die von der SPÖ gewählte Konstruktion zur Zufriedenheit wirklich aller Beteiligten bewährt hat. Wenn man personelle und finanzielle Ressourcen spürbar aufstocken muss, und das wird man müssen, wenn man es wirklich ernst meint, dann hätte man doch gleich eine eigene Behindertenrechtskommission errichten können.

Abschließend dazu: Mit diesem Gesetzentwurf, geschätzte Damen und Herren von der SPÖ, haben Sie wirklich keinen guten Griff getan.

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! In diesem Zusammenhang nehme ich auch gleich zum Antrag, der unter Tagesordnungspunkt 16 angeführt ist, Stellung. Es geht dabei um die Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden. Damit sind wir bei einem Thema, das einen Kern des zukünftigen Aufgabenbereiches des Patientenanwaltes bilden wird.

Als Behinderter ist es im Burgenland wahrlich keine Freude, Behördenwege zu erledigen. Ich kann das leider aus eigener Erfahrung berichten, zumal meine liebe, geschätzte Mutter seit ihrem neunten Lebensjahr unter einer Querschnittslähmung leidet. Im Antrag der SPÖ sind die gesetzlichen Vorgaben und Zielsetzungen im Zusammenhang mit der Barrierefreiheit zwar penibel aufgelistet, in vielen Bereichen ist jedoch bis heute zu wenig geschehen.

Manches Mal ist es auch so, dass man den Eindruck hat, als würden es reine Alibihandlungen sein. Das von der Kollegin Krojer angeführte Beispiel mit dem Behindertenparkplatz auf der Rampe, wenn man sich das wirklich anschaut, dann weiß man, dass sie recht hat und das es wirklich wie eine Alibihandlung aussieht.

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag erzeugt zumindest den Eindruck, dass man sich des Problems grundsätzlich auch innerhalb der größeren Regierungsparteien bewusst ist. Die gesetzlichen Grundlagen und Vorhaben sind hinlänglich bekannt. Jedenfalls werden wir diesem Antrag zustimmen und hoffen, dass auch tatsächlich und alsbald alle öffentlichen Gebäude im Burgenland barrierefrei gestaltet sein werden. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und bei den Grünen)*

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser** *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Werner Gradwohl.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Werner Gradwohl** (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Ich habe mit dem Wechsel von Kollegen Oswald Klikovits in den Nationalrat die Funktion des Gesundheits- und Sozialsprechers der ÖVP Burgenland übernommen. Ein sehr umfangreicher und komplexer Bereich mit brisanten und sehr dynamischen Themen, wie wir auch heute schon gehört haben.

Nationalrat Klikovits hat innerhalb und außerhalb des Hohen Hauses diese verantwortungsvolle Funktion als Gesundheits-, Sozial- und Arbeitnehmersprecher sehr engagiert und mit großer Sorgfalt ausgeübt. *(Abg. Anna Schlaffer: Gesundheit und Soziales sind etwas ganz anderes.)* Ich werde versuchen, in Weiterführung dieser Aufgabe, sehr geschätzte Frau Kollegin Schlaffer, die Rolle der Volkspartei als soziales Gewissen des Burgenlandes aufrecht zu erhalten.

Trotz der absoluten Mehrheit im Landtag und in der Regierung durch die SPÖ ist es gelungen, wichtige Themen die unsere Handschrift tragen, durchzusetzen. Dazu einige Beispiele: Die Verdoppelung des Heizkostenzuschusses auf derzeit 145 Euro und damit die Heranführung an das Niveau anderer Länder, *(Abg. Anna Schlaffer: Im Budget habt Ihr diese Erhöhung aber nicht beschlossen.)* die Förderung der Ausbildungskurse für Pflegekräfte wird sichergestellt, der Regress für pflegende Angehörige soll mit 1.1.2009 abgeschafft werden. *(Abg. Anna Schlaffer: Ihr habt nirgends mitgestimmt.)*

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe mit der nötigen Gewissenhaftigkeit, aber auch mit der nötigen Demut, an die neue Herausforderung heran. Ich werde, genauso wie mein Vorgänger, die zuständigen politischen Ressortverantwortlichen - im Lande Herrn Landesrat Rezar, auf Bundesebene wissen wir noch nicht, wer in der neuen Regierung diese Agenden übernehmen wird, an

Versäumnisse erinnern, Missstände ansprechen aber auch konstruktive Vorschläge einbringen.

Vieles davon, was Versäumnisse betrifft, Missstände betrifft ist im jüngsten Bericht des Burgenländischen Patientenanwaltes dokumentiert. Es wurde bereits von meinen beiden Vorrednerinnen darauf Eingang bezogen. Herr Dr. Weiss findet durchaus meine persönliche Anerkennung für sein Engagement. Insbesondere aber für seine stille, aber konsequente Sacharbeit zolle ich im Respekt.

Allerdings sind die politisch Verantwortlichen im Gesundheitsressort gefordert, dokumentierte Missstände zu beseitigen und pro futuro zu vermeiden. Im Bericht des Patientenanwaltes für die Jahre 2006 und 2007 sind 322 neue Beschwerden angeführt, wovon allein 63 Prozent auf die Krankenanstalten entfallen. In 25 Fällen davon wurden insgesamt, auch darauf wurde schon Bezug genommen, 186.000 Euro an Entschädigungen für Patienten bezahlt.

Herr Präsident! Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Die Volkspartei hat auch um auf den gegenständlichen Antrag hinzukommen, ihre grundsätzliche, positive Einstellung zum Gesetz über die Burgenländische Gesundheits- und Patienten-anwaltschaft bekundet.

Unser Antrag im Ausschuss und unser Antrag der Volkspartei mit den beiden anderen Parteien, nämlich, der Freiheitlichen Partei und den Grünen, im Februar beruht deshalb auf einer Vertagung, weil wir die Zusammenlegung von zwei Funktionen in einer Hand, wie ebenfalls schon betont worden ist, ablehnen.

Jene Funktion des bereits tätigen Patientenanwaltes mit jener Funktion eines Anwaltes für Angelegenheit von Menschen mit besonderen Bedürfnissen, nämlich mit der eines Behindertenanwaltes zusammenzulegen, erscheint wenig sinnvoll.

Damit wird, wenn auch unterschwellig, suggeriert, dass Menschen mit besonderen Bedürfnissen per se an sich, als krank anzusehen sind. Ich kann mich hier nur auf die Inhalte und die Bezugnahme meiner beiden Vorgängerinnen zustimmend anlehnen.

Wir lehnen von unserem christlichen Standpunkt, vom moralischen und sozialen Standpunkt her, diese Zusammenlegung ab. Wenn wir das zusammenlegen, dann werden behinderte mit kranken Menschen in einen Topf geworfen werden.

Das lehnen wir grundsätzlich ab, meine sehr geschätzten Damen und Herren!  
*(Beifall bei der ÖVP)*

Daher überdenken Sie, meine sehr geschätzten Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Partei, nochmals Ihren Standpunkt und stimmen Sie unserer Vertagung zu.

Wir wollen eine Rückverweisung an den Ausschuss, um diese Frage, die zu heikel ist und zu sensibel ist, um sie kontroversiel abzustimmen, gemeinsam nochmals zu überdenken.

Außerdem darf ich darauf verweisen, dass ein wesentlicher Paragraph in dieser Gesetzesvorlage, nämlich der § 5 Abs. 2 die Weisungsfreiheit betreffend verfassungsbestimmend ist und ich darf auf eventuelle künftige Anfechtungen bei diesem Gesetz hinweisen.

Ein Bundesländervergleich in dieser Frage zeigt zwar kein einheitliches Bild, jedoch sind in keinem einzigen Bundesland beide wichtigen Funktionen in einer Hand und die Sparsamkeit als Argument kann schon gar nicht gelten. Denn wenn wir schon für so viele Positionen in diesem Land Anwaltschaften und der gleichen eigene Büros haben und eine

Infrastruktur haben und personelle Ressourcen haben, so darf es uns um die Menschen mit besonderen Bedürfnissen hier an einer bestimmten Wertschätzung nicht fehlen.

Hohes Haus! Ich nehme hier in diesem Punkt auch zum Antrag betreffend die barrierefreie Gestaltung, Einrichtung, Ausstattung und Adaptierung von öffentlichen Gebäuden, zum Tagesordnungspunkt 16, Stellung und bekunde unsere Zustimmung zu diesem Punkt, zu dieser EntschlieÙung.

Wir stimmen dem deshalb zu, weil gerade die öffentliche Hand hier eine Vorbildfunktion zu erfüllen hat und sich ihrer Verantwortung nicht entziehen kann.

Der Bund ist da schon viel weiter als wir im Land und auch andere Bundesländer. Wesentlich ist auch, dass die Vertreter der Betroffenen, nämlich die Behindertenverbände, mit einbezogen werden. Wenn das wirklich nicht geschehen ist im Vorfeld, was ich auch nicht glauben und nicht verstehen würde, dann wäre das zu kritisieren und dann wäre das ein schwerer Mangel und ein schwerer Fehler.

Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Das Gesundheitswesen in Österreich als solches ist, trotz mancher Mängel, eines der besten in Europa, weltweit, aber auch anscheinend eines der kostspieligsten.

Der teuerste Patient in Österreich kostet nach einem „Kurier-Bericht“ vom 8. Oktober 2008, kostete im Jahr 2007, 2008 wissen wir es noch nicht, weil das Jahr noch nicht zu Ende ist, fast eine Million Euro, nämlich 937.000 Euro.

Im Burgenland kostete der teuerste Patient 276.000 Euro. Das allein sollte uns schon dazu motivieren, gemeinsam überparteilich, vor allem aber mit der größten Behutsamkeit Besonnenheit und Rücksichtnahme zu agieren, aber auch mit der nötigen Sparsamkeit an die Dinge heran zu gehen.

Von Seiten der politisch Verantwortlichen mit allen kompetenten Institutionen und Trägern dieses Systems der Spitäler, Sozialversicherungsträger und so weiter, aber vor allem mit den dort Beschäftigten, den Personen und Bediensteten im Gesundheits- und Sozialwesen gilt es diese organisatorischen, logistischen, menschlichen und finanziellen Herausforderungen zu bewältigen.

Sie, meine sehr geschätzten Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Partei, sagen in Sonntagsreden der Teuerung oft den Kampf an. Dann allerdings führen Sie über den Umweg, über die KRAGES, (*Ein Zwischenruf des Abgeordneten Robert Hergovich*) Herr Neoabgeordneter, im Krankenhaus Oberpullendorf eine Parkplatzgebühr ein.

Ich sage Ihnen, warum ich das als Bürger des Bezirkes Oberpullendorf und als Mandatar ablehne. Weil hier im Krankenhaus Oberpullendorf eine ganz andere Situation ist, wie in Eisenstadt. Weil wir hier genug Räumlichkeiten, genug Parkflächen und Möglichkeiten haben und es hier möglicherweise doch am organisatorischen Bereich und am logistischen liegt, dass hier also Schwierigkeiten aufgetreten sind.

Wir lehnen das ab, meine sehr geschätzten Damen und Herren, und werden dagegen, gemeinsam mit der Bevölkerung unseres Bezirkes, Herr Landesrat Rezar, ankämpfen und versuchen, das zu verhindern.

Sorgen Sie über die KRAGES dafür, dass hier andere Mechanismen Platz greifen und hier nicht eine Parkgebühr von 50 Cent, lese ich hier, pro halber Stunde eingeführt wird.

Wir lehnen das grundsätzlich ab, sehr geschätzte Damen und Herren und werden uns deshalb auch für die Patienten unseres Bezirkes im Bezirk Oberpullendorf einsetzen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Aber, Herr Präsident, Herr Landesrat! Angesichts der angespannten Finanzen des Landes, der Bundeshaushalte und der prekären Wirtschaftslage ist eine treffsichere Sozialpolitik notwendiger denn je, damit diese aber auch nachhaltig leistbar ist und wir uns nicht von einem Jahr auf das andere Jahr mit dem Budget abmühen und verhandeln müssen.

Immerhin sind im Burgenland 42.000 Menschen armutsgefährdet, wie Kollege Klikovits anlässlich 30 Jahre Sozialistische Regierungspolitik im Burgenland am 15. Oktober auch das dementsprechend positioniert hat. *(Abg. Ewald Gossy: Was ist mit der Zeit von 2000-2006? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Vinzenz Knor: Das haben Sie wohl verdrängt. Das wissen Sie wahrscheinlich nicht mehr. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Das zu ändern, *(Abg. Ewald Gossy: Diese Zeit habt Ihr wohl vergessen, oder?)* Herr Kollege Gossy, muss die künftige Aufgabe einer entsprechend nachhaltigen Sozialpolitik im Burgenland werden und nicht andere Experimente.

Wir von der Volkspartei haben daher noch unter meinem Vorgänger mit Expertinnen und Experten ein Maßnahmenpaket geschnürt. Ziel ist es, eine umfassende und sinnvolle Neugestaltung der Gesundheits- und Sozialpolitik zu erreichen. Wir werden in den nächsten Monaten noch darauf zu sprechen kommen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Einige Punkte daraus: Die Anpassung der burgenländischen Sozialleistungen an das Niveau des Österreichschnittes. Ein erster Schnitt dazu ist die Anhebung der Sozialhilfe, die vorerst im Sozialbeirat schon am 20. Oktober beschlossen worden ist.

Das muss uns doch ein Anliegen sein, dass wir an das Österreichtniveau und an andere Bundesländer bei unseren Sozialleistungen herankommen und nicht andere Dinge vielleicht verschieben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweitens: Die sofortige Vorlage des längst überfälligen Regionalstrukturplanes Gesundheit. Er fehlt bis dato.

Drittens: Die Einführung einer verpflichtenden Vorsorgeuntersuchung als Maßnahme gegen Kindesmissbrauch, sowie eine generelle Erhöhung des Strafrahmens mit der Festlegung von Mindeststrafen für alle Formen von Gewalt an Kindern. Das sind die wahren Sorgen unserer Gesellschaft, unserer Eltern, aber auch unseres Schulsystems.

Wir brauchen hier eine Wende. Eine generelle Veränderung in der Einstellung, in unserem gemeinsamen Staatswesen, in unserem Gemeinwesen. Mehr hinschauen und nicht Augen und Ohren verschließen.

Kinder sind das wertvollste Gut in unserer Gesellschaft – das darf nicht zum Schlagwort verkommen, sondern muss mit Taten versehen werden und zwar im Sinne und zum Wohle unserer Menschen im Burgenland. Vor allem für unsere Schwächsten im Gemeinwesen reiche ich die Hand, für ein gemeinsames Vorgehen, dort, wo die Gesundheits- und Sozialpolitik künftig vom parteipolitischen Machtspielen ferngehalten wird.

Da muss sich, Herr Landesrat, zum nachhaltigen Wohl unserer Menschen im Burgenland, viel ändern. *(Abg. Doris Prohaska: Viel Geld. - Abg. Ewald Gossy: Was soll das?)* Ein deutliches Beispiel von Machtpolitik, es ist fast ein aufgelegter Elfer, würde man

in der Fußballersprache sagen, ist die heutige Ansage des sozialistischen Arbeiter- und Samariterbundes im Burgenland, das Rote Kreuz zu verdrängen.

Es ist dies, meine sehr geschätzten Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Partei, ein unmoralisches Angebot, in einer Phase, wo das Rote Kreuz sich in einer Konsolidierungsphase befindet. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Hier mit einer zweiten und zwar mit einer Vorfeldorganisation, mit einer Organisation der Sozialistischen Partei eine Ansage zu machen, mit Unterstützung durch Sie, Herr Landesrat Rezar, und durch die SPÖ, der Sie den Auftrag gegeben haben.

Wie ich schon in einigen Anfragen leider feststellen musste, sollen die Abteilungen die günstigste und billigste Organisation für den Krankentransport nehmen. *(Abg. Matthias Gelbmann: Sehr wohl.)*

Der Arbeitersamariterbund bietet allerdings keinen 24-Stunden Organisationen Servicedienst im Burgenland an. Der Arbeitersamariterbund hat keinen Notarztbetrieb und keine teure Infrastruktur zu verantworten.

Wenn Sie von Billigdumping reden, dann sagen ich Ihnen: Wir wollen bei der Versorgung unserer Patienten nicht das Billigste, sondern das Beste haben. Dafür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn der Arbeitersamariterbund als Konkurrenz des Roten Kreuzes jetzt auftreten will. Meine geschätzten Damen und Herren! Ich habe mich auch bei den Verantwortungsträgern des Roten Kreuzes erkundigt. Es soll bei wichtigen Fragen, bei Überboardern, hier ein gemeinsames Vorgehen geben.

Wenn der Arbeitersamariterbund als Konkurrent des Roten Kreuzes dieses zerstören will, dann ist dies nicht nur eine Kampfansage gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Führungsriege des Roten Kreuzes, sondern auch eine Kampfansage an die burgenländischen Gemeinden und eine Kampfansage an die burgenländische Bevölkerung. Dem werden wir uns entgegensetzen, meine sehr geschätzten Damen und Herren.

Das Rote Kreuz hat eine flächendeckende Struktur, die eine Versorgung von Kalch bis Kittsee in 24 Stunden in jeder wichtigen Situation des Krankentransportes und des Patiententransportes bisher schon ermöglicht hat. Das werden wir auch in Zukunft mit einer reorganisierten Roten Kreuz unterstützen.

Ich darf auch in diesem Sinne den Antrag der drei Fraktionen, der Grünen, der Freiheitlichen Partei und unserer Partei an den Herren Präsidenten übergeben.

Antrag gemäß § 62 Abs. 3 GeOLT des Landtagsabgeordneten Mag. Werner Gradwohl und Maga. Margarethe Krojer, Johann Tschürtz, Kolleginnen und Kollegen.

Es wird beantragt den Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über die Burgenländische Gesundheits- und Patientenanzwaltschaft geändert wird (Zahl 19 – 569), zur neuerlichen Behandlung an den Rechtsausschuss und den Sozialausschuss zurückzuverweisen. *(Der Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag - Beifall bei der ÖVP)*

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser:** Der mir soeben überreichte Antrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die weiteren Verhandlungen einbezogen wird.

Als nächster Rednerin erteile ich der Abgeordneten Inge Posch das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Inge Posch (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es hätte doch jetzt fast der Herr Kollege Gradwohl zusammengebracht, dass ich doch Zweifel daran habe, ob der Gesundheitsanwalt und der Patientenanwalt nicht doch von einem Behindertenanwalt getrennt werden sollten.

Wenn ich als Sprecher und mich dafür einsetze, für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, bei diesem Tagesordnungspunkt 18 Minuten spreche und davon nur vier Minuten für die Menschen mit besonderen Bedürfnissen verwende, frage ich mich, ob mir diese Menschen wirklich am Herzen liegen, oder ob ich hier lediglich parteipolitische Taktiererei betreibe. Das haben sie sich wirklich nicht verdient. *(Beifall bei der SPÖ – Ein Zwischenruf des Abgeordneten Mag. Werner Gradwohl)*

Wenn wir von Ihnen aufgefordert werden, Sparsamkeit zu üben, wenn es um das Thema Gesundheit geht, wenn es Ihnen aus parteipolitischen Überlegungen nicht in den Kram passt, gleichzeitig aber in den ersten drei bis vier Minuten, wo es um Menschen mit besonderen Bedürfnissen geht, aufgefordert werden, doch noch einmal eine doppelte Infrastruktur aufzubauen, denke ich mir, was wollen Sie wirklich, arbeiten für die Menschen im Land, oder hier parteipolitisch Taktieren?

Ich denke mir, parteipolitisch Taktieren ist wahrscheinlich das, was bei Ihnen an erster Stelle steht und das haben sich unsere Leute wirklich nicht verdient. Egal ob es Menschen mit besonderen Bedürfnissen sind, oder alle anderen Burgenländerinnen und Burgenländer, die hier arbeiten und wohnen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Frau Kollegin Krojer, ich bin schon sehr verblüfft gewesen, ich habe im Vorfeld, bevor wir diesen Antrag hier eingebracht haben, auch mit Dir gesprochen Grete, und Du hast mir gesagt, dass Du selbst mit den Behindertenorganisationen gesprochen hast und sie eigentlich schon gerne eine eigenen Behindertenanwalt hätten.

Heute stehst Du hier vorne und sagst, die Behindertenorganisationen haben gar nichts gewusst davon, sie haben Dich angerufen. Dann erzählst Du uns ein Beispiel aus Deiner Gemeinde, wo etwas saniert wird, ein öffentliches Gebäude, und der Bürgermeister hat nicht daran gedacht, dass hier barrierefrei gebaut wird.

Ich denke mir, Du bist Gemeinderätin in Wulkaprodersdorf, *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Wir haben es ihm gesagt.)* ich weiß jetzt nicht, wie es bei Dir ist, *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Mach Dir keine Sorgen.)* mit Verantwortung übernehmen, zur Verantwortung zu stehen und auch den Mund aufzumachen, *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Es war ein großes Thema in Wulkaprodersdorf.)* dort wo es notwendig ist.

Und sich nicht hier her zu stellen und nur zu sagen, alles was die SPÖ sagt, alles was die SPÖ tut ist schlecht, und daher sind wir dagegen, denn die SPÖ ist in einem Machtrausch. Das kann ja nicht mehr sein, wenn wirklich sachlich gearbeitet werden soll. Und auf das sollten wir uns endlich wiederum besinnen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich denke mir auch, bei der Frau Kollegin Benkö, der Vergleich macht mich schon sehr sicher. Wenn Menschen in Ängsten und Nöten leben und Sorgen haben, sollte man nicht damit spielen. Sie haben es österreichweit mit Ihrem Vorgänger zusammengebracht, mit Ängsten und Sorgen zu spielen, wenn es darum geht, auf ausländische Mitbürger und Mitbürgerinnen zuzugehen, haben Sie nur Ängste und Hass geschürt.

Es ist jetzt so, dass es hier um Menschen mit besonderen Bedürfnissen geht. Sie stellen sich hier vorne her und behaupten, dass die SPÖ dagegen ist und wir nichts tun für die Behindertenpolitik im Burgenland. Und das stimmt schlichtweg nicht! *(Abg. Ilse Benkö: Das habe ich auch nicht gesagt.)*

Ich denke mir, das kann so nicht mehr weitergehen. Irgendwann einmal muss man dazu stehen, dass wir auch sachliche Arbeit leisten und wir das auch tun. Keiner von den drei Parteien hat beim Budget Verantwortung übernommen und Verantwortung mit getragen. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das stimmt ja nicht.*) Aber alle drei Parteien stellen sich jetzt her und fordern etwas, wo niemand... (*Unruhe bei der ÖVP – Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) niemand, in irgendeiner Form vorher Verantwortung übernommen hat.

Ich darf jetzt darauf hinweisen, dass in den Sozialbudgets in den letzten Jahren, was die Behindertenhilfe und Unterstützung anlangt, große Ausweitungen vorgenommen worden sind.

Neben den Leistungen die zur Verfügung gestellt worden sind, nämlich von Heilbehandlungen, orthopädischen Versorgungen, Hilfsmittel bis hin zur Erziehung und Schulbildung, von der Eingliederungshilfe und bis zur sozialen Rehabilitation und zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes und vielen mehr, haben wir, beispielsweise nur im Jahr 2006, einen Rechnungsabschluss von knapp 26,4 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Das sind um 4,2 Millionen Euro mehr, als es davor waren, und es ist im Jahr 2007 auch so ähnlich. Und 2009 ist wiederum eine Erhöhung geplant. Ich möchte wissen, ob das keine Fakten sind, die dafür sprechen, dass für Menschen mit besonderen Bedürfnissen hier bei uns im Land gearbeitet wird?

Ich glaube, dass es ein guter Ansatz ist, wenn man in der modernen burgenländischen Gesundheits- und Patientenanwaltschaft, diesen wichtigen Bereich der Behindertenanwaltschaft mit angliedert. Es wurde beim Gesundheits- und Patientenanwalt sowieso schon in guter Vorarbeit von Landesrat Rezar ein breiter Aktionsradius eingerichtet.

Es werden beim Gesundheits- und Patientenanwalt nicht nur die Kernbereiche der Krankenanstalten mitbehandelt, sondern die gesamte Gesundheitspolitik ist eingegliedert, bis hin zu sehr wesentlichen sozialen Bereichen, wie etwa den Altenwohn- und Pflegeheimen unseres Landes.

Ich bin daher auch wirklich der Überzeugung, dass es Sinn macht, hier die Aufgaben der Gesundheits- und Patientenanwaltschaft zu erweitern und anzureichern. Wir wissen, und es wurde heute schon gesagt, dass wir mit dem Patientenanwalt Dr. Weiss, über einen Fachmann für das Gesundheits- und Sozialwesen des Burgenlandes verfügen.

Und dass Herr Dr. Weiss mit seiner Erfahrung am ehesten die Lebenssituation von Menschen mit besonderen Bedürfnissen, die aus einer ganzheitlichen Perspektive zu sehen sind, beurteilen und deren Interessen nicht nur wahrnehmen, sondern auch entsprechend vertreten kann.

Seitens der SPÖ treten wir daher dafür ein, dass durch diese Gesetznovelle der Burgenländischen Gesundheits- und Patientenanwaltschaft die gesetzten Agenden des Gesundheits- und Patientenanwaltes um jene des Behindertenanwaltes erweitert werden, damit wir ganzheitlich für diese Menschen arbeiten können.

Natürlich muss dies einhergehen mit der Überprüfung der vorhandenen Ressourcen. Dagegen hat sich die SPÖ nie verweigert. Und notfalls muss auch eine Personalaufstockung vorgenommen werden. Aber erst dann, wenn evaluiert wurde und gesehen wurde, ob wir es wirklich brauchen oder nicht. Hier ist es so, dass wir sparsam und vor allem verantwortungsvoll mit dem Budget umgehen und Herr Landesrat Dr. Peter

Rezar bei der Institution des Gesundheits- und Patientenanwaltes schon sehr vorausschauend und vorausblickend gearbeitet hat.

Es zeigt sich, dass heute die Vorredner, vor allem der Herr Gradwohl sehr klar bewiesen hat, dass es der ÖVP nicht nur um die Menschen geht, sondern auch um dieses parteipolitische Taktieren. Es hat kurz angesprochen, die Ziffer 5 des Gesetzes, ganz wichtig ist es, dass sowohl der Gesundheits- und Patientenanwalt, wie auch der Behindertenanwalt weisungsfrei sein muss.

Und heute hier zu sagen, wir sind gegen dieses Gesetz, ohne zu wissen, was es dann wirklich für Auswirkungen haben soll, ohne zu wissen, dass dann der Behindertenanwalt nicht weisungsfrei sein kann, denke ich mir, ist eine sehr kurzsichtige Ansicht und kann nicht dazu dienen, dass wirklich weiter gearbeitet werden soll. Daher werde ich im Anschluss auch noch ein Verlangen einbringen, damit dieser Punkt extra abgestimmt wird.

Es entwickelt sich allmählich und es tut mir wirklich sehr leid, so ein Ritual hier in diesem Burgenländischen Landtag, dass die Sozialpolitik des Burgenlandes in ihrer Gesamtheit negativ dargestellt wird. Das ist sehr schade, weil es hier genau um Menschen geht, die unseren Rückhalt brauchen, die unseren Halt brauchen, die auch unser Verständnis brauchen und unsere Hilfe brauchen. Heute trifft es halt das Behindertenwesen.

Bei allem Verständnis für Kritik und ich bin sicherlich eine, die für Kritik sehr offen ist, die Kritik kann uns weiterbringen, dann wenn sie positiv und konstruktiv ist. Aber so zu tun, als hätte es keine nennenswerten Verbesserungen gegeben, ist entweder ein Zeichen von Unkenntnis oder absichtliches Schlechtreden. Beides ist für die Menschen im Burgenland nicht tragbar.

Oder es ist einfach so, dass alles, was von der SPÖ kommt, in den Augen der anderen Fraktionen nicht gut ist, dann würde ich zur Sacharbeit aufrufen. Es kann aber nicht sein, dass nur aus parteitaktischen Gründen, die Arbeit für die Menschen im Hintergrund steht. Dass die ÖVP aus lauter Verstrickungen in ihrem eigenen Malheur nicht mehr für die Menschen arbeitet. (*Abg. Mag. Werner Gradwohl: Na, na, na.*)

Und dass die ÖVP keine Verantwortung für das Budget übernimmt, (*Abg. Christian Illredits: Das stimmt ja. Oder habt Ihr mit gestimmt? – Abg. Mag. Werner Gradwohl: Na, na, na. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) aber sich heute hier her stellt und fordert, gegen alles zu sein, aber keine konstruktive Arbeit vorzuweisen hat.

Besinnen Sie sich, auch Sie, Herr Kollege Gradwohl, auch Ihre Partei trägt Regierungsverantwortung. Und da sollten Sie sich einmal darauf besinnen.

Tatsächlich kann das Behindertenwesen im Burgenland eine dynamische und eine positive Entwicklung vorzeigen. Als zuständiges Regierungsmitglied hat Landesrat Dr. Peter Rezar vom Beginn seiner Amtszeit an, die Sozialpolitik des Landes eng mit Maßnahmen, die die Situation behinderter Menschen im Burgenland verbessern, verknüpft. Ein wichtiger Schritt dazu war sicherlich auch die Integration des Behindertenwesens in das Burgenländische Sozialhilfegesetz.

Konsequent werden auch die im Bedarfs- und Entwicklungsplan festgelegten Maßnahmen umgesetzt. Dies wird auf eindrucksvolle Art und Weise durch den steigenden Einsatz budgetärer Mittel belegt. Im Bereich Wohnen und Beschäftigungstherapie hat das Burgenland einen guten Ist-Stand erreicht. Mit entsprechenden Angebotserweiterungen werden wir aber auch für die Anforderungen der Zukunft gerüstet sein.

Durch die angeschaffene, entsprechende Angebotspalette konnte ein durchgehendes Hilfs- und Betreuungsangebot vom Neugeborenen bis zum älteren Menschen geschaffen werden. Im Bereich Integration von Menschen mit Behinderungen am ersten Arbeitsmarkt ist so wohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht eine gute Versorgung gegeben.

Im Burgenland gibt es darüber hinaus ein großes Angebot an Beratungsstellen sowohl für Betroffene als auch für ihre Angehörigen. Anlaufstellen für rasche Hilfestellungen sind sowohl die Sozialreferate bei den Bezirkshauptmannschaften wie auch das Referat für Soziales beim Amt der Burgenländischen Landesregierung. Als erste zentrale Anlaufstelle für Menschen mit besonderen Bedürfnissen ist sicherlich das Bundessozialamt in Eisenstadt zu nennen.

Ich möchte aber auch nicht unerwähnt lassen, dass die Interessen der behinderten Menschen auch in Bereichen außerhalb dieser Belange, außerhalb sozialer Belange ihren Niederschlag gefunden haben. Es wurde schon angesprochen, der Tagesordnungspunkt 16 heute, der von der SPÖ eingebracht wurde.

Natürlich werden wir auch diesen Tagesordnungspunkt zustimmen und alle Zuständigen auffordern, die auch mit diesem Gesetz beschäftigt sind, etwas zu tun für Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Und da haben Sie dann, Herr Kollege Gradwohl, auch in Ihrem Wirkungsbereich einiges, was Sie uns dann vorlegen können, damit wir einen Etappenplan haben, den wir dann auch umsetzen können.

Ich denke mir, Landeshauptmann Hans Niessl hat bereits im Jahr 2004 eine Beratungsstelle für behindertengerechtes Bauen, im Rahmen der Wohnbauförderung eingerichtet. Es gibt vom Landesrat Rezar die Internetplattform „barrierefreies Burgenland“ und einige Dinge mehr, die schon geschehen sind, in diesem Bereich. Aber ich denke mir, gerade im öffentlichen Interesse ist hier noch einiges zu tun. Daher werden wir natürlich diesen Antrag auch unterstützen.

Es ist so, dass dieser erfolgreiche politische Weg, den wir bis jetzt gegangen sind, in der Politik, in der Sozialpolitik, aber auch in der Politik für Menschen mit besonderen Bedürfnissen fortgesetzt gehört, dass wir weiterhin zuhören werden, wenn die Menschen mit uns sprechen und deren Anliegen und Bedürfnisse sehr ernst nehmen werden, nicht mit ihren Sorgen und Ängsten spielen werden, sondern auf die Menschen zugehen, auf diese eingehen, für diese im Land weiterarbeiten.

Daher werden wir sowohl der Gesetznovelle zustimmen, wie auch dem Antrag 16 und ich darf jetzt zum Schluss noch ein Verlangen vorlesen.

Verlangen gemäß § 70 Abs. 6 GeOLT: Ich verlange eine getrennte Abstimmung über die Ziffer 15 des vorliegenden Gesetzentwurfes und ich möchte dies bitte auch gleich übergeben. *(Die Abg. Inge Posch übergibt dem Präsidenten das Verlangen. – Beifall bei der SPÖ)*

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser:** Das mir soeben überreichte Verlangen ist gehörig unterstützt und wird daher in die weiteren Beratungen mit einbezogen.

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Peter Rezar.

Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Dr. Peter Rezar (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf anlässlich dieser heutigen Debatte zunächst einmal zu einem grundsätzlichen Denkfehler Stellung beziehen, den ich aus einigen Debatten und Beiträgen entnommen habe.

Es geht uns dabei darum, dass wir mit der Implementierung der Behindertenanwaltschaft in die Gesundheits- und Patientenanwaltschaft Burgenland etwas machen, wo wir a priori überhaupt nichts sagen und niemand behauptet, dass wir behinderte Mitbürgerinnen und Mitbürger als krank bezeichnen. Ich glaube, das ist ein grundsätzliches Missverständnis.

Wenn der Behindertenanwalt tätig wird, in einem solchen Fall, ist er Behindertenanwalt. Genauso gut wird er als Gesundheitsanwalt tätig, wenn es um ein Anliegen, ein Anbringen, eine Beschwerde gibt aus dem Gesundheitsbereich. Und er ist als Patientenanwalt dann tätig, wenn auch aus diesem Bereich ein Anliegen, eine Anregung, eine Beschwerde oder ähnliches kommt.

Daher müssen Sie sich begrifflich lösen, von diesem Missverständnis und kein Mensch behauptet, dass es hier um kranke Menschen geht. Ganz im Gegenteil. Worum es uns aber geht und das ist das Wesentliche an der Botschaft, uns geht es um die Nutzung einer sehr bewährten Serviceeinrichtung. Uns geht es um die Nutzung umfangreicher Erfahrungen der Burgenländischen Gesundheits- und Patientenanwaltschaft.

Und genau die wollen wir auch mitnutzen im Behindertenbereich und daher der Zugang zu dieser burgenländischen Lösung. Und ich bin eigentlich auch auf die Einrichtung stolz und ich bin stolz, weil ich aus vielen Gesprächen mit unserem Gesundheits- und Patientenanwalt auch weiß, dass er sich positiv genau dieser Herausforderung nähern möchte.

Er hat gesagt, ja wir schauen uns das an. Wir wollen unsere Einrichtung mit guten Erfahrungen aus den vergangenen Jahren optimal nutzen, auch für behinderte Mitbürgerinnen und Mitbürger. Und wir wollen nach kurzer Zeit evaluieren, ob wir zusätzliche Ressourcen dazu benötigen.

Die jeweiligen Fachbereiche, ganz egal, ob aus dem Gesundheitsbereich, aus dem Krankenanstaltenbereich, aus dem Pflegebereich oder jetzt neu aus dem Behindertenbereich, die werden ja ohnehin zugekauft. Zum Beispiel in Form von Gutachten, in Form von entsprechenden Begleitungen. Ich glaube daher, dass wir mit diesem Schritt auch optimal diese moderne Serviceeinrichtung umsetzen und nutzen können.

Ich bin ein bisschen betroffen, Frau Klubobfrau Kojer, weil Sie hier in Ihren Ausführungen gemeint haben, Sie haben überhaupt in Frage gestellt, ob wir ein Begutachtungsverfahren gemacht haben. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Nein.*) Na selbstverständlich.

Ich kann Ihnen auch berichten - das ist halt Ihr Zugang, dass Sie sich immer hier mit Vermutungen, Gerüchten und so weiter, auseinandersetzen - selbstverständlich haben wir alle Behörden und Institutionen, die üblicher Weise... (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Behinderteneinrichtungen habe ich gesagt.*)

Ja, ich sage Ihnen gleich, wir haben 18 Einrichtungen (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Ich habe Sie gefragt.*) selbstverständlich damit befasst und beschäftigt. Sie haben ja hier erzählt, niemand weiß etwas davon. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Ich habe Sie gefragt, ob Sie auch die Behinderteneinrichtungen informiert haben?*)

Ja, aber Sie haben auch gesagt, niemand weiß etwas davon. Ich sage Ihnen ganz konkret, 18 burgenländische Einrichtungen wurden selbstverständlich mit dieser wichtigen Materie entsprechend befasst und nur eine Einrichtung hat sich hier entsprechend gerührt.

Ich würde mir nur von Ihnen heute erwarten, wenn Sie sich mit so wichtigen Materien auseinandersetzen, dass Sie auch diese Bereiche entsprechend abfragen im Vorfeld, damit nicht der Eindruck entsteht, hier wird unzureichend gearbeitet, oder gar schlampig gearbeitet. Das sind immer so verklausulierte Unterstellungen.

Sie haben sich auch auseinandergesetzt mit dem Bericht der Patientenanwaltschaft aus den Jahren 2004, 2005 und haben aus diesen Berichten zitiert.

Ich hätte mir auch erwartet, dass Sie im Kontext auch schon den vorliegenden Bericht der Patientenanwaltschaft der Jahre 2006 und 2007 mitberücksichtigt hätten. Dann hätten Sie auch die Feststellung treffen können, dass es hier beispielsweise quantitativ abgenommen hat, was den Beschwerdeumfang anlangt und vor allem die Beschwerden im Bereich der Krankenanstalten um fünf Prozentpunkte abgenommen haben, andere haben zugenommen.

Wir sind auch und ich darf Ihnen das auch sagen, sehr, sehr stolz, dass wir im Burgenland die Gesundheits- und Patientenanwaltschaft sehr, sehr umfassend verstanden wissen wollen. Neben den Kernbereichen der Krankenanstalten, des ärztlichen Dienstes und auch alle sonstigen Institutionen im weitesten Sinne, bis hin zu den Altenwohn- und Pflegeheimen und zu den Apotheken, mit in Verantwortung genommen haben.

Ich glaube, das brauchen wir, wenn wir eine moderne Gesundheits- und Patientenanwaltschaft auch so definieren wollen. Und genau aus dieser breiten Erfahrung der vergangenen Jahre, insbesondere des Herr Dr. Weiss, wollen wir natürlich in dem so wichtigen Behindertenbereich fortfahren.

Sie haben auch aus meiner Sicht zitiert, den Patientenentschädigungsfonds. Wissen Sie, wo der gravierende Unterschied liegt, zwischen dem was Sie zitiert haben? Sie haben nämlich unterstellt, dass es hier Fehlleistungen gegeben hat.

Genau in diesem Bereich nämlich nicht, weil es der so genannte verschuldensunabhängige Entschädigungsfonds ist, wo Leistungen zuerkannt werden, nach Einholung von Gutachten und vielen, vielen Stellungnahmen. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Aber nicht, wenn sich jemand ungerecht gehandelt fühlt.*) Wo trotz lege artis Behandlungen, Schäden eingetreten sind, objektiverweise. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Entschädigungen gibt es nur, wenn man tatsächlich ungerecht behandelt wurde.*)

Hier gibt es natürlich Grundrisiken, die bei jeder Behandlung, bei jedem Eingriff entsprechend vorliegen können und aus diesem Titel wurden diese Entschädigungsleistungen gezahlt. Also, ohne dass hier irgendeiner Stelle etwas vorzuwerfen wäre. Auch hier habe ich den Eindruck, dass Sie sich nicht optimal mit diesem Umfeld auseinandergesetzt haben.

Ich möchte nicht zu der verspäteten Generaldebatte des Kollegen Gradwohl eingehen, das würde zu weit führen, das hätte er im Rahmen des Budgets anmerken sollen. Das hat er nicht getan. Er hat es eben eine Sitzung später gemacht.

Ich sage Ihnen nur, Herr Kollege Gradwohl, all die Bereiche, die Sie angesprochen haben, die Erhöhung des Heizkostenzuschusses, die Erhöhung des Fahrtkostenzuschusses oder die Erhöhungen im Sozialbudget, die vorgesehen sind für Institutionen der mobilen Hauskrankenpflege oder der Krankenanstalten, all diese Bereiche zeichnen nicht nur nicht Ihre Handschrift.

Sie haben sich dagegen ausgesprochen. Sie haben sich gegen diese Bereiche hier im Budget ausgesprochen. Das heißt, Sie sind nicht für die Erhöhung der

Heizkostenzuschüsse. Sie sind nicht für die Ausweitung der Fahrtkostenzuschüsse, das haben Sie eindrucksvoll dokumentiert. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das stimmt ja nicht. Wir haben sie abgeändert.)*

Sie sind nicht für den weiteren Ausbau der burgenländischen Krankenanstalten, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Erzählen Sie da nicht Dinge die nicht stimmen. Das stimmt nicht und Sie wissen, dass das nicht stimmt. – Abg. Ewald Gossy: Habt Ihr abgeändert oder nicht? - Allgemeine Unruhe. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Sie sind nicht für den Ausbau der Altenwohn- und Pflegeheime, weil Sie gegen das Budget gestimmt haben.

Sie haben sich hier eigentlich nicht nur gegen das Budget gestellt, sondern auch gegen die Burgenländerinnen und Burgenländer. Und Sie stellen sich heute wiederum gegen die Burgenländerinnen und Burgenländer, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Das müssen Sie sich halt schon gefallen lassen, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sie aber auch.)* wenn Sie gegen elementare Kernbereiche dieses Landes stimmen, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sie müssen sich gefallen lassen, dass das nicht stimmt was Sie sagen.)* dann sind Sie gegen die Bürger dieses Landes, dann sind Sie gegen die berechtigten Interessen der Bürgerinnen und Bürger.

Und wir werden nicht müde werden, auch das darzulegen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das stimmt ja nicht. Sie sind gegen das Rote Kreuz. Der Arbeitersamariterbund, das sind Sie, ja.)*

Ich weiß, dass Ihnen das sehr, sehr weh tut offensichtlich, aber das ist die objektive Faktenlage. *(Abg. Ewald Gossy: Wögerer! – Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser:** Ich bitte um Beruhigung. Am Wort ist der Redner. *(Allgemeine Unruhe – Abg. Ewald Gossy: Das Schwarze Kreuz, nicht das Rote Kreuz. - Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Am Wort ist der Redner. *(Allgemeine Unruhe)* Bitte um Ruhe! *(Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Ich bitte um Ruhe! Wenn das Glockenzeichen ertönt, hat Ruhe zu herrschen. Ist das klar?

Am Wort ist der Redner. Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Dr. Peter Rezar** (SPÖ) *(fortsetzend):* Danke Herr Präsident! Ich verstehe natürlich Ihre Aufregung, wenn man Ihnen vor Augen führt, dass Sie nicht bereit sind, Verantwortung für unser Heimatland Burgenland zu übernehmen. *(Abg. Leo Radakovits: Danke! – Abg. Christian Sagartz, BA: Danke!)*

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser:** Muss ich mich wiederholen?

**Landesrat Dr. Peter Rezar** (SPÖ) *(fortsetzend):* Es ist ja unendlich schwierig, in einer Regierung zu sitzen und Opposition zu betreiben, weil diese Form in der Verfassung gar nicht vorgesehen ist. Und in dieser Doppelrolle finden Sie sich heute einmal mehr in diesem Hohen Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Abg. Paul Fasching: Schauen Sie sich in den Spiegel.)*

Und ich sage Ihnen noch einmal: Kehren Sie zur Vernunft zurück, bestreiten Sie die wesentlichen Kern- und Eckpunkte für unser Heimatland in hoher Verantwortung mit uns mit, ansonsten würde ich Ihnen ja fast empfehlen, sich aus dieser Doppelrolle zu entbinden und die Regierungsbänke zu verlassen, wenn Sie nicht bereit sind

Verantwortung für unser Heimatland zu übernehmen. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Was nehmen Sie sich heraus?*)

Das wäre die Alternative. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Was nehmen Sie sich da heraus. Das darf doch nicht wahr sein. – Abg. Christian Illedits: Das ist ja die Wahrheit. – Abg. Christian Sagartz, BA: Das darf doch nicht wahr sein. - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Na geh bitte.*) Beides geht eigentlich sehr, sehr schlecht Herr Kollege Strommer, beides werden Sie nicht umsetzen können.

Gegen das Budget (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Die Verfassung ist beschlossen. Sie als Sozialist werden uns nicht sagen, ob wir unsere Verantwortung wahrnehmen oder nicht.*) zu sein und hier so zu tun als wären Sie damit einverstanden. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sie schon gar nicht. Sie sind einmal da gesessen bei den Abgeordneten, jetzt sitzen Sie dort drüben auf der Regierungsbank, bei allem Verständnis, Herr Landesrat.. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser:** Jeder hat die Möglichkeit sich zu Wort zu melden. Das ist kein Zwischenruf! Ständiges Dreinreden ist kein Zwischenruf. Zwischenrufe sind erlaubt, aber ständige Konversation nicht.

Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Dr. Peter Rezar (SPÖ)** (*fortsetzend*): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf abschließend anmerken, dass wir mit der neuen Behindertenanwaltschaft eine Einrichtung für unser Heimatland schaffen, für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, die auch in hoher Verantwortung und mit der Erfahrung der burgenländischen Gesundheits- und Patienten-anwaltschaft künftighin ausgestattet ist, in der Person des Herrn Dr. Weiss, er in den vergangenen Jahren sehr, sehr umsichtig diese wichtigen Agenden zur vollsten Zufriedenheit geleitet hat.

Ich bin ihm und seinem Team für seinen Einsatz sehr, sehr dankbar (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Die sind offensichtlich nicht ausgelastet, wenn sie so ein riesen Paket schnüren können. – Abg. Christian Illedits: Er hat Mitarbeiter.*) und hoffe, dass wir schon nach kurzer Evaluierung feststellen werden können, ob sich diese Einrichtung auch für den so wichtigen Bereich der Behinderten in unserem Heimatland entsprechend als optimal herausstellt.

Ich habe in Aussicht gestellt, für den Fall, dass zusätzliche Ressourcen finanzieller, aber auch personeller Art - selbstverständlich dann, wenn es notwendig ist - von uns zur Verfügung gestellt werden, im Interesse der Menschen mit besonderen Bedürfnissen in unserem Heimatland Burgenland. (*Beifall bei der SPÖ*)

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Eigentlich wollte ich mich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht zu Wort melden, (*Abg. Matthias Gelbmann: Das sagen Sie jedes Mal. – Abg. Anna Schläffer: Das hätte nichts gemacht.*) aber die Wortmeldung von Landesrat Rezar hat mich jetzt dazu veranlasst.

Ich möchte feststellen, dass Demokratie von unterschiedlichen Meinungen und Standpunkten und von der Diskussion lebt. Es muss möglich sein, dass die Abgeordneten der vier im Landtag vertretenen Parteien, ihre Meinung abgeben können und das auch akzeptiert und respektiert wird. Ich möchte betonen, dass gerade die

Österreichische Volkspartei ihre Regierungsverantwortung in diesem Land sehr ernst nimmt und versucht, sich in allen Belangen einzubringen.

Das, was Landesrat Rezar hier jetzt geboten hat, war tiefste Polemik. (*Abg. Christian Illedits: Wieso? Sie haben nicht mitgestimmt.*) Ich bedaure das und möchte mich dafür entschuldigen. (*Beifall bei der ÖVP – Abg. Christian Illedits: Das stimmt ja nicht.*)

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser:** Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. (*Abg. Christian Illedits: Habt Ihr mitgestimmt oder nicht?*) Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort. (*Abg. Anna Schlaffer: Ich verzichte!*)

Die Frau Berichterstatterin verzichtet auf das Schlusswort, wir kommen daher zur Abstimmung. (*Allgemeine Unruhe*)

Ich bitte während des Abstimmungsvorganges um Ruhe, weil mehrere Anträge zur Abstimmung stehen und ich Missverständnisse vermeiden möchte.

Ich lasse zunächst über den vom Landtagsgeordneten Mag. Werner Gradwohl eingebrachten Antrag auf Rückverweisung an den Ausschuss abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Abgeordneten Mag. Werner Gradwohl zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit. Der Antrag ist somit abgelehnt.

Aufgrund des Verlangens der Landtagsabgeordneten Inge Posch auf getrennte Anstimmung der Ziffer 15 lasse ich zunächst über diese Ziffer abstimmen. Da diese Ziffer Verfassungsbestimmungen enthält ist eine Beschlussfassung hinsichtlich dieser Bestimmung nur bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Landtages und einer Mehrheit von mindestens zwei Drittel der abgegebenen Stimmen möglich.

Das Anwesenheitsquorum ist gegeben.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die der Ziffer 15 des vorliegenden Gesetzentwurfes zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist nicht die erforderliche qualifizierte Mehrheit. Die Ziffer 15 ist somit abgelehnt.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die dem Gesetzentwurf mit Ausnahme der Ziffer 15 zustimmen wollen (*Zwiegespräche bei den Abgeordneten*) sich von den Plätzen zu erheben. – (*Abg. Inge Posch: Warte, warte, was? – Abg. Ewald Gossy: Was? – Abg. Kurt Lentsch: Abgelehnt! – Allgemeine Unruhe*)

Ich habe vorhin darauf verwiesen... (*Abg. Kurt Lentsch: Abgelehnt!*)

Ich habe vorhin darauf verwiesen, dass während des Abstimmungsvorganges Ruhe einzuhalten ist. (*Abg. Ilse Benkö: Abgelehnt! - Abg. Kurt Lentsch: Der Gesetzentwurf ist abgelehnt!*)

Nein, das ist nicht abgelehnt. (*Abg. Kurt Lentsch Oja! Wenn das jetzt nicht so ist, dann verstehe ich die Weisung nicht. – Unruhe bei der SPÖ*)

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf mit Ausnahme der Ziffer 15 zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. – (*Abg. Ilse Benkö: Noch einmal. - Abg. Kurt Lentsch: Also, wirklich, das ist jetzt.... – Unruhe bei der ÖVP*)

Der Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über die Burgenländische Gesundheits- und Patienten-anwaltschaft geändert (*Abg. Christian Illedits: Jetzt müsste es Euch schon langsam auffallen. – Abg. Kurt Lentsch: Also wirklich. – Allgemeine Unruhe.*)

Ich bitte um Ruhe!

Der Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über die Burgenländische Gesundheits- und Patienten-anwaltschaft geändert wird, ist somit in zweiter Lesung, ohne der Ziffer 15, mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf als Ganzes, so wie zuvor in der zweiten Lesung beschlossen, auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über die Burgenländische Gesundheits- und Patienten-anwaltschaft geändert wird, ist somit in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.